

Saale-Zeitung.

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche mit 20 Pfg. berechnet. In der Expedition, bei unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Restanten die Seite 75 Pf.

Ercheint wöchentlich fünfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch monatliche Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Im ausländischen Zeitungs-Bezugspreis unter Nr. 6816 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Wag & Garre in Halle.
Vordruckzahlen von 10%, bis 12%, 14%, 16%, 18%, 20%, 22%, 24%, 26%, 28%, 30%, 32%, 34%, 36%, 38%, 40%, 42%, 44%, 46%, 48%, 50%, 52%, 54%, 56%, 58%, 60%, 62%, 64%, 66%, 68%, 70%, 72%, 74%, 76%, 78%, 80%, 82%, 84%, 86%, 88%, 90%, 92%, 94%, 96%, 98%, 100%.

[Gesamtpreis: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 176.]

Zweibunddreißigster Jahrgang.

Nr. 416.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 5. September

1903.

Politische Grundzüge und politische Bündnisse.

Obgleich Herr Dr. Barth in seinem Bestreben, für die bevorstehenden Landtagswahlen ein Bündnis des Freisinn mit den Sozialdemokraten herbeizuführen, Gegner auf allen Seiten, und nicht zuletzt in den Reihen seiner engeren Genossenschaftsgenossen, erwachsen sind, fährt er fort, seinen Standpunkt auf das nachdrücklichste zu verteidigen. So vertritt er in der heute erschienenen Nummer der von ihm herausgegebenen „Nation“ den Nachweis zu erbringen, daß der Freisinn, wenn er es in Wirklichkeit erst meine mit der Bekämpfung der Reaktion, wenn er nicht wolle, daß man die Bekämpfung der Reaktion gegenüber als bloße Nebenart betrachte, sich wohl oder übel zu einem Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie werde entschließen müssen, und er hielt damit der sozialdemokratischen Agitation einen Zaun in die Hand. Von dem dies, fürchten wir, bei der bevorstehenden Landtagswahlbewegung ausgiebigen Gebrauch machen wird. Was könnte es für die Sozialdemokratie unter den Verhältnissen, unter welchen sie sich demnächst zum ersten Male geschehen an den bevorstehenden Landtagswahlen beteiligen, geeigneter zur Einwirkung auf die Massen geben, als den Hinweis darauf, daß diejenige Partei, die unter der Herrschaft des Klassenwahlprinzips bislang allein für den Wähler aus der breiten Masse des Volkes in Betracht kam, nach dem Eingeständnis eines ihrer bekanntesten Parlamentarier nicht zuverlässig sei im Widerstande gegenüber der Reaktion, denn so und nicht anders wird man nach sozialdemokratischer Gesinnungheit die Meinung Dr. Barths, mag er selbst sie auch anders verstehen wissen wollen, auslegen, weil ja die ganze Landtagswahlbewegung diesmal unter dem Zeichen des Kampfes gegen die rückwärtsgewandten Parteien und ihre Absichten und Ziele steht.

Es wäre wirklich traurig um den entschiedenen Liberalismus, wenn er erst eines Kompromisses mit seinen besten Feinden, mit der Sozialdemokratie, bedürfte, um den Beweis zu liefern, daß er in seinen politischen Bestrebungen durchaus ernst zu nehmen sei. Lange als die Sozialdemokratie eine Rolle im politischen Leben zu spielen, war der entschiedene Liberalismus schon und er hat damals ebenso wie heute noch eifrig und nachdrücklich für alle die Freiheiten im Volks- und Bürgerleben gekämpft, die viel später erst die Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben hat und mit denen sie im wesentlichen auch bei den Wahlen die Massen für sich zu gewinnen sucht. Und diese selbe Sozialdemokratie soll jetzt nach Herrn Dr. Barths Wünschen und Wollen gemissermaßen den Prohieren bilden, an dem der Liberalismus die Festigkeit und Ernsthaftigkeit der Absichten und Ziele, die er sich selbst gestellt und gesteckt hat, bekunden soll. Das Verlangen ist fast naiv und Dr. Barth darf sich in der Tat nicht wundern, wenn er sich in diesem seinem Wunsch immer mehr vereinnahmen sieht, denn auch sein Hinweis auf den Fall, den das Zentrum in Bayern mit der Sozialdemokratie schloß, auf die Skrupellosigkeit Visnarads in dem Ausspielen der einen Partei gegen die andere, je nachdem es seinen Plänen gerade dienlich war, vermag keine Fäden wenig zu fördern. Wenn auch der entschiedene Liberalismus gegenwärtig im Reichstag wie im Landtag keinen besonderen Einfluß auszuüben vermag, so darf er sich doch eines nachdrücklichen, das unter den übrigen Parteien nicht gerade häufig, wenn überhaupt noch, zu finden ist. Das ist die Festigkeit seiner politischen Grundzüge, die bisher selbst durch noch so verlockende Bündnisse, in der Regierung oder im Parlament irgend eine Rolle spielen zu können, nicht erschüttert werden konnte. Es gibt auch im politischen Leben noch so etwas wie Reputation, und sich diese durch ein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu schmälern, dazu hat der Freisinn um so weniger Neigung, als gerade die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, mit der der entschiedene Liberalismus in allererster Linie die Klingen zu freuzen hat. Das haben erst die letzten Reichstagswahlen wieder bewiesen, bei denen es hauptsächlich der Freisinn war, gegen den sich der sozialdemokratische Ansturm richtete. Die Arroganz, mit der die Partei der Herren Bebel, Singer und Genossen die Frage ihrer Beteiligung an den Landtagswahlen erörterte, das an Unverschämtheit grenzende Verhalten, ihnen auf Treu und Glauben bei der Wahlhandlung zu folgen, während sie selbst offen erklärten, daß sie an der Ehrlichkeit der liberalen Wahlmänner zweifeln, die Vorgesandtheit, mit der ihre Freizunft, daß die Sozialdemokratie es sei, die die Bedingungen für ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen vorschreibe, dieses alles und vieles andere noch sollte Herr Barth längst schon veranlaßt haben, sein Verhalten aufzugeben und sich endlich denen anzuschließen, die entschlossen sind, den Kampf nach rechts lieber mit einer Partei zu führen, welche die Bedeutung der Landtagswahlen, die Wichtigkeit einer Schwächung der Reaktion so sehr erkennt, daß sie dieselben zum Schacheroberjekt um einige an sich belang- und einflusslose Mandate zu machen sucht.

Bei all dem Bemühen Barths ist uns das eine immer unweifelhaft geblieben, warum er denn gerade von Freisinn beantragt, was er mit noch viel größerem Rechte von der Sozialdemokratie verlangen kann. Hat nicht diese Partei zum mindesten das

selbe Interesse an dem Zurückdrängen der Reaktion, wie der Liberalismus? Sie mag sich an den Klassenwahlen beteiligen oder nicht, mag im Landtag vertreten sein oder nicht, immer wird sie von allem, was die reaktionäre Mehrheit der preussischen Kammer beschließt, oder unterläßt, genau ebenso betroffen, wie das liberale Bürgerturn, in dem meisten Fällen sogar wohl noch mehr. Unterläßt sie es trotzdem, den Versuch zu machen, der Reaktion entgegenzutreten, und ihr wirksam entgegenzutreten durch bedingungslose Wahlhilfe liberal dort, wo die Möglichkeit vorhanden ist, den rechtsstehenden Parteien Terrain zu entreißen, dann beweist sie damit eben nur, daß sie zu Unrecht auf den Charakter einer Volkspartei Anspruch erhebt, denn wer den Volksinteressen zuwider handelt, indem er seine Kraft verweigert, nur weil ihm keinerlei Vorteile zugeföhrt werden, der vertritt damit jeden Anspruch auf Beachtung und Berechtigung im politischen Leben überhaupt. Nicht parteipolitische Interesse darf in erster Linie maßgebend sein, wenn es sich darum handelt, eine möglichst durchgreifende Wandlung zu einer wahrhaft volkreundlichen und volksmündigen Politik einzuleiten, sondern das Interesse an dieser Wandlung selbst. Der entschiedene Liberalismus vertritt seit Jahrzehnten schon, sie herbeizuföhren, und schwere Kämpfe sind es gewesen, die er in diesem Bestreben in der Jahre Kauf im preussischen Abgeordnetenhaus gekämpft hat; die Sozialdemokratie aber hat bisher noch nichts daför entschieden mitzuwirken. Zugl, wo sie sich auch auf dem Bereiche der Zusammenfassung des Klassenparlamentes zu betätigen, wird sie es sein müssen, die zu beweisen hat, daß ihr die Bekämpfung der Reaktion ernst ist und nicht nur Mittel zum Zweck der Stärkung ihrer politischen Macht und ihres Einflusses auf die Massen. Der Freisinn hat diesen Beweis schon erbracht, das sollte selbst Herr Dr. Barth wissen und daher endlich ablassen von den Versuchen, politische Grundlosigkeit in die liberalen Kreise zu tragen und diese zu Bündnissen zu begreifen, aus denen nur Unheil für den Freisinn hervorgehen kann, weil sie den entschiedenen Liberalismus beim Bürgerturn diskreditieren müssen. Sch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Dem Generalleutnant S. D. Braunmüller ist der Abol verliehen worden.

Der Handelsminister Müller wollte, auf der Fahrt nach Berlin, in Harburg, wo er mehrere industrielle Anlagen besichtigte; bei der Besichtigung der Thüringer Oelfabrik machte er u. a. die Mitteilung, daß er selbst vor etwa 50 Jahren im Werraanischen Goldfeld in Harburg angestellt war, daß die ersten Palmetten von Afrika nach Harburg importierte und in Harburg verarbeitet ließ. Von Sondersburg gab sich der Minister mittels Kutenowitsch über Harburg nach Jena aus.

Der Städtetag und die Kommunalabgaben auf Lebensmittel.

Der Städtetag in Dresden hat am Freitag über § 13 des Zolltariffgesetzes vom 25. Dezember 1902, nach welchem die künftigen Aufgaben auf Lebensmittel vom Jahre 1910 ab aufgehoben werden sollen, eine längere Verhandlung geführt und schließlich eine Resolution angenommen, in welcher die gesamte Bekämpfung des Zolltariffgesetzes als ein schwerer Eingriff in die Finanzwirtschaft zahlreicher Gemeinden bezeichnet und die Wiederbeseitigung des § 13 gefordert wird. Es soll nach dem Verzicht des Städtetages auf Auspruch gelöst werden, der beim Reichstags, dem Reichstag und dem Bundesratsevollmächtigten wegen dieser Beseitigung des § 13 mündlich und schriftlich vorgelegt werden soll. Auch sollen die beteiligten Gemeinden in den Bundesstaaten sich zu gemeinsamer Vorgehen bei ihrem Regierung oder nach Befinden bei den Landtagen zusammenstellen. Auf die Vertreter der beteiligten Gemeinden im Reichstag soll in der Richtung der Wiederbeseitigung des § 13 eingewirkt werden. Aler Verzicht des Städtetages erfolgt in hohem Grade bedauerlich. Weshalb auch sonst die Verhandlungen nicht durchweg den Erwartungen entsprechen haben, die sich auf die Zusammenkunft der Vertreter der deutschen Städte in Dresden gesetzt worden sind, so ist besonders dieser Verzicht bedauerlich, das Aufheben des § 13 des Zolltariffgesetzes ist der Öffentlichkeit herabzusetzen. Aus diesem Verzicht wird eine durchsichtige, die Interessen des Ganzen anerkennende lösende Anbahnung, wie sie wohl Finanzreparaturfragen eigen sein, wie sie für einfache, das Gesamtwohl wäsende Vertreter deutscher Städte nicht legen sollen. Befremdlich ist die Aufhebung von Kommunalabgaben auf Lebensmittel auf Antrag der Freisinnigen Volkspartei im Reichstag beschlossen worden. In der Zolltariffkommission wurde von Seiten der Freisinnigen Volkspartei ein Antrag gestellt, nach welchem die Aufhebung von Kommunalabgaben auf Lebensmittel nach Zustreitern des neuen Zolltariffes erfolgen soll. Wegen den Widerspruch der Regierung und einzelner Mitglieder der Kommission wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Im Plenum wurde von rechtskonservativer Seite ein Abänderungsantrag eingebracht, wonach die Aufhebung erst am 1. April 1910 erfolgen soll. Die Abänderung wurde von der Mehrheit gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Mit dieser Abänderung ist der Antrag in das Kompromiß zwischen den Sozialdemokraten und den Regierung aufgenommen worden. Gegen die Aufhebung der Kommunalabgaben auf Lebensmittel stimmen die konservativen Parteien und die Mehr-

heit der Nationalliberalen. Für die Annahme des § 13 ist die Erösung bestimmend gewesen, daß nach der Bereinigung der Lebensmittel durch die Erösung der Reichsliste eine Verteilung durch Kommunalabgaben auf notwendige Lebensmittel um so weniger haltbar sein würde. Man sollte meinen, daß diese Erösung auch für den Städtetag hätte ausschlaggebend sein müssen, und daß er so sehr, als sonst auf dem Städtetag von sozialen Aufgaben der Gemeinden und vom Schick der minder bemittelten Volksschichten viel geredet worden ist. Die Abwehr einer künftigen Vertiefung der Lebensmittel gehört sicherlich auch zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Für die Resolution des Städtetages sind finanzielle Erwägungen maßgebend gewesen. Gewiß, es ist unbestreitbar, daß die Aufhebung der Abgaben auf Lebensmittel für eine Reihe von Städten finanzielle Schwierigkeiten ergeben wird. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. In verschiedenen Gemeinden haben früher solche Erfolge bestanden; sie sind aufgehoben worden. Der Ausfall an Einnahmen, der durch die Aufhebung hervorgerufen wurde, ist sehr bald durch entsprechende Finanzmaßnahmen anderweitig gedeckt worden. Nachden der Termin für die Durchführung des § 13 bis 1910 hinausgeschoben ist, ist den Gemeinden mehr als hinreichend Zeit gegeben, sich auf die Aufhebung einzurichten und auf anderweitige Maßnahmen zur Deckung des Ausfalls Bedacht zu nehmen. In den alten Provinzen Preussens beschränkt sich die praktische Bedeutung des § 13 des Zolltariffgesetzes auf sechs Städte, in denen noch Schatzkammer erhoben wird.

Die in der Resolution des Städtetages imgegebene Erwartung, daß die Wiederaufhebung des § 13 infolge der eingehenden Agitation erfolgen werde, darf nach Lage der Sache als irrig bezeichnet werden. Der neue Reichstag ist den in der Resolution ausgesprochenen Wünschen noch weniger günstig, als es der frühere war, der § 13 beschließen hat. Doch die Mehrheit des Reichstages auf die Wiederbeseitigung des § 13 eingewirkt, kann bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages als ausgeschlossen angesehen werden.

Politisches.

Nach dem Protest des Mehrerer Gemeinderates gegen das Telegramm des Kaisers über die Angelegenheit in Weß betreffende Typus und die über die Verletzung der Bouillonquellen steht hier in der Tat ein Widerspruch vorzuliegen, den der Kaiser zum Doyer geföhrt ist. Es sind nur vereinzelte Entäußerungen in Weß vorzutreten. Das hier zutrifft, oder die Verantwortung für die peinliche Frontstellung des Mehrerer Gemeinderates gegen die Verlesung des Kaisers werden der Kaiser trifft, läßt sich vorläufig nicht absehen. Das das Verhalten des Mehrerer Gemeinderates, was es auch launenhaft sein, jedenfalls den Zorn des Kaisers nicht in solcher Schwere verdient hat, geht auch aus den Versicherungen des Ministerpräsidenten Danke von Goze hervor. Er äußerte sich über die Weß mit Wasser verlor, typus verdrängte Quelle folgendermaßen:

„Die Bouillonquelle ist durch ein katastrophales Dekret von 1852 zu Gunsten der Stadt Weß entzogen worden, befindet sich also seit reichlich 50 Jahren im Besitz der Mehrerer. Damals wurde die Quelle, wie ich einmal nach der Hörsel, von neuem geföhrt und ihr künftliches Wasser oberhalb durch die neue sogenannte Weßer-Galerie geleitet. Diese ist die eigentliche Quelle der Weßer, nicht in solcher Schwere verdient hat, geht auch aus den Versicherungen des Ministerpräsidenten Danke von Goze hervor. Er äußerte sich über die Weß mit Wasser verlor, typus verdrängte Quelle folgendermaßen:

„In der Nähe der Quelle befindet sich aber eine Quelle für Bouillon. Der Mehrerer Gemeinderat beschloß nun vor einigen Tagen, um auch einer Möglichkeit, die Bouillonquelle durch Schutzmaßnahmen zu verwehren, vorzugehen, die Schutzgasse zum Preise von 10,000 M. anzukaufen, unter der Bedingung, daß die Bouillonquelle später geöffnet werde, sowie mit dem Zusatz, daß auf dem Terrain oberhalb der Schutzgasse kein Linus abgeleitet werden dürfe.“

Der neue Reichstagspräsident Herr v. Stengel ist beim hawerischen Zentrum persona gratissima, trotzdem aber darf er nicht hoffen, daß ihm die Bayern folgen werden, falls er eine Reichstagsreform beginnen wollte, welche das Interesse der einzelstaatlichen Finanzminister an der Gestaltung des Reichstages auslöscht. Der Abgeordnete Dr. Wertheimer geht in seinem Bericht vor:

„Was Bayern ist es gewiß nicht unangenehm, daß dieser wichtige, so zu sagen wichtige und wichtige Mann in dieses hohe Reichstags eintritt. Als Katholik sind wir erfreut, daß er einmal ein katholischer Mann, der seine religiösen Pflichten gewissenhaft erfüllt, eine Stelle erlangt, die bisher gewöhnlich den Protestanten vorbehalten war. Es ist dies ein Beweis von dem Umschwung der Meinung gegen die Katholiken in den höheren Kreisen. Würde es sein hawerisches Zentrum, dann würde niemand Mühe nehmen auf die katholische Wählerheit im Reich.“ So sympathisch sind Bayern auch die Bayern im Zentrum für ihre künftigen politischen Stellung zu verschiedenen Reichstagsfragen abdingen lassen. Es ist nicht das erste mal, daß Freiheit

